

Linda Schlegel

Die Bedeutung des vorehelichen Zusammenlebens im Scheidungsfolgenrecht

Studien zum deutschen und internationalen Familien- und Erbrecht

Herausgegeben von Martin Lipp, Christoph Benicke,
Marina Wellenhofer und Bettina Heiderhoff

Band 11



PETER LANG

Internationaler Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	23
A. Einführung in die Problematik	23
B. Gang der Untersuchung.....	27
 Kapitel 1	
Einordnung und Ausgestaltung des vorehelichen Zusammenlebens.....	29
A. Einordnung als Form der nichtehelichen Lebensgemeinschaft.....	29
I. Definition der nichtehelichen Lebensgemeinschaft.....	29
II. Verschiedene Typen nichtehelicher Lebensgemeinschaften.....	31
1. Voreheliche Lebensgemeinschaften	31
2. Weitere typische Formen nichtehelicher Lebensgemeinschaften.....	35
III. Ergebnis.....	36
B. Ursachen und Ausgestaltung des vorehelichen Zusammenlebens.....	36
I. Gründe für zahlenmäßige Zunahme von vorehelichem Zusammenleben	37
1. Veränderung der Rahmenbedingungen.....	37
2. Geringere Bedeutung der Ehe	38
3. Wunsch nach längerer individueller Unabhängigkeit.....	40
4. Finanzielle Gründe gegen zeitnahe Eheschließung	41
5. Test- und Probierphase vor der Ehe.....	42
6. Äußere Hindernisse einer Eheschließung	42
7. Ergebnis.....	42
II. Rollenverteilung in vorehelichen Beziehungen	43
1. Traditionelle Rollenverteilung ohne Ehe	43

2. Kinder in der Beziehung als Indiz für traditionelle Arbeitsteilung	45
a) Auswirkungen von Kindern auf die Rollenverteilung in der Beziehung	45
b) Anzahl der Kinder in vorehelichen Beziehungen.....	47
c) Rollenverteilung bei vorehelicher Pflege sonstiger naher Angehöriger	48
3. Bedeutung der Dauer des Zusammenlebens für die Rollenverteilung ...	49
a) Zusammenleben als Kriterium für traditionelle Rollenverteilung..	49
b) Einfluss der vorehelichen Beziehungsdauer auf die Rollenverteilung	51
III. Berücksichtigung vorehelicher Aufgabenteilung im Scheidungsfolgenrecht	53
C. Ergebnis zu Kapitel 1	54

Kapitel 2

Bedeutung des vorehelichen Zusammenlebens im nachehelichen

Unterhalt	57
------------------------	-----------

A. Grundzüge des nachehelichen Unterhaltsrechts, §§ 1569 ff. BGB.....

I. Unterhaltstatbestände	57
II. Bemessung des Unterhaltsanspruchs.....	58
III. Beschränkungen des Unterhaltsanspruchs	59
IV. Erlöschen des Unterhaltsanspruchs sowie Rangfragen	59

B. Legitimation von Unterhaltsansprüchen.....

I. Einführung	60
II. Verfassungsrechtliche Grundgedanken des nachehelichen Unterhalts.....	61
III. Legitimation aufgrund nachehelicher Solidarität.....	62

IV. Legitimation aufgrund eines Nachteilsausgleichs	63
V. Nachehelicher Unterhalt als Schadensersatz.....	64
VI. Ergebnis.....	65

C. Berücksichtigung des vorehelichen Zusammenlebens im aktuellen

Unterhaltsrecht nach Scheidung..... 65

I. § 1570 BGB – Betreuungsunterhalt..... 66

1. Analyse einschlägiger Rechtsprechung 66

a) Unterhalt wegen Betreuung eines gemeinschaftlichen Kindes,
§ 1570 BGB..... 66

b) Unterhalt wegen Betreuung eines nicht gemeinschaftlichen
Kindes 67

c) Unterhalt wegen Pflege sonstiger naher Angehöriger 68

2. Möglichkeiten und Grenzen der Auslegung von § 1570 BGB 69

a) Einführendes Fallbeispiel 69

b) Gebotene Auslegung wegen des Normzwecks von
§ 1570 II BGB..... 70

aa) Ausgleich von beziehungsbedingten Nachteilen..... 71

(1) Ehebedingte Nachteile als Normzweck des
§ 1570 II BGB..... 71

(2) Ausgleich beziehungsbedingter Nachteile als
Leitgedanke..... 71

bb) Vertrauensschutz bei § 1570 II BGB 73

(1) Rechtsprechung zu § 1615I II S. 4, 5 BGB..... 73

(2) Vertrauensschutz ohne voreheliche Kindesbetreuung.. 74

(3) Ehe bleibt Indiz für Vertrauensbildung..... 75

(4) Anhaltspunkte für schutzwürdiges Vertrauen vor der
Ehe 76

cc) Ergebnis 78

c) Berücksichtigung über Billigkeitsabwägung des § 1570 II BGB .. 78

3. Rechtslage bei nicht gemeinschaftlichen Kindern	80
a) Einführende Fallbeispiele	80
b) Kriterien bei der Billigkeitsklausel des § 1576 BGB	81
c) Voreheliche Betreuung von Kindern des Partners.....	82
d) Voreheliche Betreuung eigener Kinder.....	83
e) Ergebnis	83
4. Rechtslage bei Pflege sonstiger naher Angehöriger	84
II. §§ 1571, 1572 BGB – Unterhalt wegen Alters und Krankheit	86
1. Rechtsprechung zum Altersunterhalt	86
2. Rechtsprechung zum Krankheitsunterhalt	87
III. § 1574 BGB – Angemessene Erwerbstätigkeit.....	88
1. Analyse einschlägiger Rechtsprechung	89
2. Möglichkeiten und Grenzen der Auslegung von § 1574 BGB	89
3. Ergebnis.....	91
IV. § 1578 BGB – Maß des Unterhalts	92
1. Analyse einschlägiger Rechtsprechung	92
2. Möglichkeiten und Grenzen der Auslegung von § 1578 BGB	93
a) Nacheheliche Solidarität als Eheprivileg.....	94
b) Geringer Vertrauensschutz bei freiwilligen Leistungen.....	96
c) Selten wirtschaftlich bessere Verhältnisse vor der ersten Ehe	98
d) Ergebnis	99
3. Ergebnis.....	99
V. § 1578b BGB – Herabsetzung und zeitliche Begrenzung des Unterhalts wegen Unbilligkeit	99
1. Analyse einschlägiger Rechtsprechung	101
2. Möglichkeiten und Grenzen der Auslegung von § 1578b BGB	104
a) Einführendes Fallbeispiel	104
b) Gebotene Auslegung wegen des Normzwecks von § 1578b BGB.....	104

3. Anknüpfen an Billigkeitsabwägung.....	107
4. Umfang der Beschränkung bei vorehelichen Nachteilen.....	108
5. Ergebnis.....	109
VI. § 1579 BGB – Beschränkung oder Versagung des Unterhalts wegen grober Unbilligkeit	110
1. Analyse einschlägiger Rechtsprechung	110
2. Anknüpfen an Billigkeitsabwägung.....	112
3. Besondere Bedeutung der Kinderbetreuungszeiten bei § 1579 Nr. 1 BGB	113
4. Keine Relevanz vorehelicher Zeiten für Nr. 2 und 8 des § 1579 BGB	114
5. Ergebnis.....	114
VII. §§ 1582, 1609 BGB – Rang des geschiedenen Ehegatten	115
1. Analyse einschlägiger Rechtsprechung	115
2. Möglichkeiten und Grenzen der Auslegung	115
a) Einführendes Fallbeispiel	115
b) Flexible Handhabung des Begriffs der „Ehe von langer Dauer“ .	117
c) Fehlende Billigkeitsabwägung bei § 1609 BGB	120
3. Ergebnis.....	121
VIII. Ergebnis.....	121
D. Regelungsdefizite und Vertragsempfehlungen.....	122
I. Regelungsdefizite der aktuellen Rechtslage	122
II. Vertragsempfehlungen für nachehelichen Unterhalt.....	123
1. Ehevertragliche Einbeziehung vorehelicher Beziehungszeiten	123
2. Individuelle Festlegung von Unterhaltsansprüchen.....	125
3. Ergebnis.....	125
E. Ergebnis zu Kapitel 2	127

Kapitel 3

Bedeutung des vorehelichen Zusammenlebens im Zugewinnausgleich..... 129

A. Grundzüge des Zugewinnausgleichs..... 130

B. Legitimation des Zugewinnausgleichs 130

C. Berücksichtigung des vorehelichen Zusammenlebens im aktuellen

Recht des Zugewinnausgleichs..... 131

I. Analyse einschlägiger Rechtsprechung 131

1. Berücksichtigung beim Anfangsvermögen, § 1374 BGB 132

a) Zeitliche Vorverlegung des Anfangsstichtags 132

b) Ausgleichsansprüche als Bestandteil des Anfangsvermögens 132

2. Ausgleichsansprüche neben dem Zugewinnausgleich..... 134

3. Ergebnis..... 138

II. Möglichkeiten und Grenzen einer Auslegung der §§ 1372 ff. BGB..... 138

1. Gebotene Auslegung nach Sinn und Zweck des Zugewinnausgleichs. 138

a) Notwendigkeit des Nachteilsausgleichs bei Vermögensbildung.. 138

b) Verfassungsrechtliche Gründe..... 140

c) Wertung des § 1374 II BGB 140

d) Vertrauen in dauerhafte Teilhabe am Vermögen des anderen 141

e) Berücksichtigung gegenstandsbezogener Leistungen 141

2. Grenzen der Auslegung beim Anfangsvermögen – § 1374 BGB 142

a) Einzelne Auslegungsoptionen bei § 1374 BGB 142

b) Wortlautgrenze des § 1374 BGB..... 143

c) Ergebnis 145

3. Veränderung des Ausgleichsanspruchs – § 1378 BGB 145

4. Bedeutung des § 1377 III BGB (kein Verzeichnis des Anfangsvermögens) 146

5. Ergebnis..... 148

III. Gewährung von Ausgleichsansprüchen neben dem Zugewinnausgleich ...	148
1. Einführung.....	148
2. Hausbaufälle.....	152
a) Ausgleich über § 812 I 2 Alt. 2 BGB – Zweckverfehlungskondition	153
aa) Kurzer Rechtsprechungsüberblick.....	153
bb) Langfristige Teilhabe als bezweckter Erfolg	155
cc) Ergebnis.....	157
b) Ausgleich über § 313 BGB – Wegfall der Geschäftsgrundlage... ..	157
aa) Kurzer Rechtsprechungsüberblick.....	157
bb) Verlöbnis zwischen den Partnern keine Voraussetzung	158
cc) Geschäftsgrundlage des Kooperationsvertrags und deren Wegfall.....	159
dd) Unbilligkeit als Anspruchskriterium	160
ee) Inhalt des Ausgleichsanspruchs	160
c) Anspruchsgewährung neben dem Zugewinnausgleich.....	161
aa) Probleme bei Berücksichtigung des Anspruchs im Endvermögen	161
bb) BGH-Rechtsprechung zu schwiegerelterlichen Zuwendungen.....	163
cc) Übertragbarkeit der BGH-Rechtsprechung zu schwiegerelterlichen Zuwendungen auf den hiesigen Fall.....	164
d) Ergebnis	165
3. Voreheliche Investitionen in ein Unternehmen	166
a) Ausgleich über Gesellschaftsrecht – §§ 730 ff. BGB.....	166
aa) Rechtsbindungswille und Gesellschaftszweck	166
bb) Gemeinsame Wertschöpfung und gleichberechtigte Beiträge	167
cc) Inhalt des Ausgleichsanspruchs	168

dd) Anspruchsentstehung und Verhältnis zum Zugewinnausgleich	169
b) Ausgleich über § 313 BGB oder § 812 I 2 Alt. 2 BGB.....	170
c) Ergebnis	171
4. Ausgleich nur teilweise vor der Ehe erbrachter Leistungen	171
a) Hausbaufälle.....	172
b) Gemeinsam geführtes Unternehmen	173
c) Ergebnis	174
5. Ausgleich bei anschließender Gütertrennungsehe	175
6. Geltendmachung der Ansprüche vor dem Familiengericht	176
7. Ergebnis.....	176
 D. Regelungsdefizite und Vertragsempfehlungen	177
I. Regelungsdefizite.....	177
II. Vertragsempfehlungen zur Berücksichtigung vorehelicher Dispositionen..	178
1. Festlegung von Höhe und Umfang des Anfangsvermögens.....	180
2. Vorverlegung des Anfangsstichtags.....	181
3. Vertragliche Festlegung der vorehelich getilgten Schulden	183
4. Bedeutung des Zugewinnausgleichs für Inhaltskontrolle von Eheverträgen.....	184
5. Ergebnis.....	185
 E. Ergebnis zu Kapitel 3	185
 Kapitel 4	
Bedeutung des vorehelichen Zusammenlebens im Versorgungsausgleich	187
 A. Grundzüge des Versorgungsausgleichs.....	188

B. Legitimation des Versorgungsausgleichs	189
 C. Berücksichtigung des vorehelichen Zusammenlebens im aktuellen Recht des Versorgungsausgleichs	 192
I. Analyse einschlägiger Rechtsprechung	192
II. Möglichkeiten und Grenzen der Auslegung des VersAusglG	194
1. Gebotene Auslegung nach Sinn und Zweck des Versorgungsausgleichs.....	194
a) Übertragbarkeit bei traditioneller Rollenverteilung vor der Ehe..	194
b) Alterssicherung aus Vertrauensschutz ohne Ehe.....	194
c) Keine Übertragbarkeit des Gedankens der nachehelichen Solidarität	196
d) Keine Übertragbarkeit über das Sozialstaatsprinzip – Art. 20 I GG	196
e) Ergebnis	196
2. Auslegungsspielraum beim Anfangsstichtag – § 3 VersAusglG.....	197
3. Veränderung der Ausgleichsquote auf über 50 % – § 1 VersAusglG ..	200
4. Auslegungsspielraum über Billigkeitsnormen.....	201
5. Ausgleichsansprüche neben dem Versorgungsausgleich	202
6. Gesamtbetrachtung von Versorgungsausgleich und Zugewinnausgleich	203
III. Ergebnis.....	204
 D. Regelungsdefizite und Vertragsempfehlungen.....	205
I. Regelungsdefizite.....	205
II. Vertragsempfehlungen.....	206
1. Vertragliche Modifikation der Normen des VersAusglG.....	206
a) Vertragliche Vorverlegung des Anfangsstichtags – § 3 I VersAusglG	206

b) Vertragliche Abänderung der Ausgleichsquote –	
§ 1 VersAusglG.....	208
c) Vertragliche Verpflichtung zur Antragstellung i. S. d.	
§ 3 III VersAusglG.....	209
d) Ergebnis	209
2. Schuldrechtliche Ausgleichszahlungen – §§ 20 ff. VersAusglG.....	210
3. Abschluss einer (Kapital-) Lebensversicherung	211
4. Altersvorsorge unter Einbeziehung anderer Scheidungsfolgen.....	212
5. Sonstige vertragliche Gestaltungsoptionen.....	213
E. Ergebnis zu Kapitel 4	213

Kapitel 5

Bedeutung des vorehelichen Zusammenlebens für Ehewohnung und Haushaltsgegenstände	215
--	------------

A. Grundzüge der §§ 1568a, 1568b BGB	216
I. § 1568a BGB – Ehewohnung	216
II. § 1568b BGB – Haushaltsgegenstände	217

B. Legitimation der Ansprüche auf Ehewohnung und Haushaltsgegenstände	218
I. § 1568a BGB – Ehewohnung	219
II. § 1568b BGB – Haushaltsgegenstände	220

C. Berücksichtigung des vorehelichen Zusammenlebens bei §§ 1568a, 1568b BGB	221
I. Analyse einschlägiger Rechtsprechung	221

1. Berücksichtigung vorehelicher Zeiten bei § 1568a BGB – Ehewohnung.....	221
2. Berücksichtigung im Rahmen des § 1568b BGB – Haushaltsgegenstände	222
3. Ergebnis.....	225
II. Wortlaut- bzw. Auslegungsmöglichkeiten	225
1. Auslegungsoptionen bei § 1568a BGB – Ehewohnung.....	226
a) Billigkeitsabwägung des § 1568a I BGB.....	226
b) Bedeutung vorehelicher Zeiten bei § 1568a II bis IV BGB	228
c) Auseinandersetzung außerhalb des § 1568a BGB	229
2. Auslegungsoptionen bei § 1568b BGB – Haushaltsgegenstände.....	230
a) Miteigentumsvermutung des § 1568b II BGB.....	231
b) Feststellung von Miteigentum i. S. d. § 1568b I BGB	233
aa) Anschaffungen während des vorehelichen Zusammenlebens.....	233
bb) Bedeutung der Vermutung des § 1006 I 1 BGB	236
c) Relevanz vorehelicher Beziehungszeiten für Billigkeitsabwägung des § 1568b I BGB	238
d) Ergebnis	239
D. Regelungsdefizite und Vertragsempfehlungen.....	240
I. Regelungsdefizite.....	240
II. Vertragsempfehlungen.....	240
E. Ergebnis zu Kapitel 5	242

Kapitel 6

Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen 243

A. Zulässigkeit der Berücksichtigung vorehelicher Beziehungszeiten im Scheidungsfolgenrecht 243

I. Negative Eheschließungsfreiheit der Partner – Art. 2 I GG 243

1. Einstellung der Partner zur Berücksichtigung vorehelicher Zeiten im Scheidungsfolgenrecht 244

a) Ablehnung oder fehlende Möglichkeit einer zeitnahen Eheschließung 244

b) Bedeutung der Heiratsabsichten 244

c) Einstellung der Partner zum Scheidungsfolgenrecht der späteren Ehe 246

d) Mögliche Genehmigungswirkung der Eheschließung 247

e) Kein Verzicht auf jeglichen Rechtsschutz 248

f) Bedeutung für Ausführungen in bisherigen Kapiteln 248

2. Rechtfertigende Schutzaspekte des Scheidungsfolgenrechts 249

3. Ergebnis 249

II. Beeinträchtigung der Institution Ehe – Art. 6 I GG 250

1. Zulässigkeit punktueller Regelungen in Annäherung zur Ehe 250

2. Weniger Eheschließungen aufgrund vorzeitiger Beziehungsabbrüche 252

III. Ergebnis 252

B. Verfassungsrechtliche Schutzwürdigkeit des vorehelichen Zusammenlebens 253

I. Schutz des vorehelichen Zusammenlebens durch Art. 6 I GG 254

1. Schutz der vorehelichen Familie durch Art. 6 I GG 254

2. Auswertung der bisherigen Argumente für und gegen den Schutz nichtehelicher Lebensgemeinschaften über Art. 6 I GG.....	256
a) Wesentliche Argumente für den Schutz als „Ehe“ über Art. 6 I GG	256
b) Widerlegung der Argumente gegen Schutz über Art. 6 I GG für voreheliches Zusammenleben.....	258
aa) Wortlaut des Art. 6 I GG.....	258
bb) Schlecht handhabbare Definitionskriterien	260
cc) „Stützendere“ Funktion der Ehe	261
dd) Kein Schutz durch Verfassung bei gewollter Bindungslosigkeit	261
ee) Wertungswidersprüche bei noch bestehender Ehe	262
c) Ergebnis	262
3. Vorrangiger Schutz vorehelichen Zusammenlebens über Art. 6 I GG.	262
a) Schutz über Art. 6 I GG begründet durch spätere Ehe und/oder Familie.....	263
b) Verlöbnis als Schutzgrund.....	264
c) Vergleich zum Getrenntleben und nachehelichen Zeiten.....	265
d) Schutz des Art. 6 I GG über Art. 3 I GG.....	266
4. Ergebnis.....	268
II. Schutz des vorehelichen Zusammenlebens allein über Art. 2 I GG.....	268
C. Ergebnis zu Kapitel 6.....	269

Kapitel 7

Regelungsvorschläge	271
A. Regelungsvorschläge für das nacheheliche Unterhaltsrecht.....	272
I. Rechtsvergleichende Aspekte	272

II. Konkrete Änderungsvorschläge für das nacheheliche Unterhaltsrecht.....	274
1. Ehebedingte Nachteile als Inhalt der Billigkeitsabwägung	274
2. Fragen der Regelungsdichte bei der Normierung vorehelicher Nachteile.....	276
3. Regelungsvorschlag für § 1578b BGB	277
a) § 1578b BGB als „Grundnorm“, auf die Bezug genommen werden kann	277
b) § 1578b BGB-E	278
aa) Vorehelich entstehende Nachteile oder Zeiten als Kriterium.....	279
bb) Ehebedingte Nachteile als Anknüpfungspunkt im Gesetz ..	279
cc) Zusätzliche Voraussetzung bei vorehelich eintretenden Nachteilen	280
(1) Heiratsabsichten kein passender Anknüpfungspunkt	280
(2) „Vertrauendürfen“ als vorzugswürdiges Kriterium....	281
(a) Aufgeben der Erwerbstätigkeit nach Kindesgeburt als Indiz	282
(b) Lange Dauer des vorehelichen Zusammenlebens als Indiz.....	283
4. Regelungsvorschlag für § 1570 II BGB.....	283
5. Regelungsvorschlag für § 1574 II BGB.....	284
6. Regelungsvorschlag für § 1579 Nr. 1 BGB	286
7. Regelungsvorschlag für § 1609 Nr. 2 BGB	289
 B. Regelungsvorschlag für den Zugewinnausgleich.....	291
I. Kurzer Rechtsvergleich.....	291
1. Neuseeland und Australien	291
2. Vereinigte Staaten von Amerika und Kanada.....	293
3. Länder mit Vermögensregelungen ähnlich einer Gütergemeinschaft ..	294

II. Konkreter Regelungsvorschlag für den Zugewinnausgleich	294
1. Regelungsdichte und Stichtagsprinzip	294
2. Strenger Maßstab zur Berücksichtigung vorehelicher Dispositionen ..	295
3. Herausrechnen der Vermögenszuwendung aus dem Anfangsvermögen	296
4. Regelungsvorschlag für § 1374 BGB (Anfangsvermögen)	298
5. Auslegungshinweise für den Regelungsvorschlag	299
a) Maßstab der Teilhabe	299
b) Vorstellung vom Bestand der künftigen Ehe	299
c) Weite Auslegung der „Vermögenszuwendungen“	299
C. Ergebnis zu Kapitel 7	300
Schlussbetrachtung	303
Literaturverzeichnis	311